



Antrag

der Fraktion der SPD

Frauen nicht allein lassen – ausreichend Angebote für Schwangerschaftsabbrüche in Flensburg sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Sicherstellung ambulanter sowie stationärer Schwangerschaftsabbrüche Bestandteil der gesetzlichen Verpflichtung gemäß §13 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG) für das Land Schleswig-Holstein ist. Das Land trägt damit die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass ausreichend Einrichtungen zur Verfügung stehen, in denen Schwangerschaftsabbrüche durch ärztlich qualifiziertes Personal durchgeführt werden können.

In Flensburg droht durch die Übernahme des Diako-Krankenhauses durch die Malteser eine Versorgungslücke bei operativen Schwangerschaftsabbrüchen, die insbesondere Frauen aus dem nördlichen Landesteil stark benachteiligen würde. Der Ausfall ambulanter Angebote steht im Widerspruch zur gesetzlichen Verpflichtung des Landes und gefährdet die Gesundheits- und Versorgungsrechte betroffener Frauen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag setzt sich dafür ein, dass Frauen in Flensburg und ganz Schleswig-Holstein auch künftig einen sicheren, wohnortnahen und diskriminierungsfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen haben.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

- unverzüglich mit der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) und den Flensburger Gynäkolog:innen Gespräche aufzunehmen, um tragfähige Lösungen für die Aufrechterhaltung ambulanter medikamentöser und operativer Schwangerschaftsabbrüche im Raum Flensburg zu entwickeln;
- gemeinsam mit allen Akteur:innen ein nachhaltiges Versorgungskonzept wie z.B. den Aufbau eines medizinischen Versorgungszentrum für

Frauengesundheit auf dem Campus des neu entstehenden Fördekrankums zu erarbeiten und dies aktiv zu unterstützen;

- dem Sozialausschuss regelmäßig über den Fortgang der Gespräche und Maßnahmen Bericht zu erstatten.

Begründung:

Nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz ist das Land in der Pflicht, ein ausreichendes Angebot für Schwangerschaftsabbrüche sicherzustellen. In Flensburg droht eine Versorgungslücke bei Schwangerschaftsabbrüchen, da nach der Übernahme des Diako-Krankenhauses durch die Malteser dort keine ambulant-operativen Schwangerschaftsabbrüche mehr durchgeführt werden. Lange Anfahrtswege für betroffene Frauen sind die Folge und stellen eine erhebliche Belastung dar.

Die Landesregierung soll deshalb die Initiative ergreifen, um gemeinsam mit der KVSH, der Stadt Flensburg, den niedergelassenen Gynäkolog:innen und weiteren Akteuren tragfähige Lösungen zu erarbeiten und aktiv zu unterstützen.

Ein medizinisches Versorgungszentrum für Frauengesundheit am Campus des neuen Fördekrankums könnte medizinische, psychosoziale und beratende Angebote bündeln und eine nachhaltige, frauenzentrierte Versorgung gewährleisten.

Birte Pauls

Sophia Schiebe
und Fraktion

Kianusch Stender